

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1520/2013**
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
 Datum: 22.04.2013

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
 Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
 Verfasser/-in: Christine G. Wagener, CDU-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Zur Kenntnisnahme

Betreff:

**Bericht zum Feuerwehrstandort Steinstraße
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2013 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen bezüglich des Feuerwehrstandortes in der Steinstraße zu beantworten:

1. Wie sehen die Anforderungen seitens der Berufs- sowie der Freiwilligen Feuerwehr Gießen in Bezug auf einen funktionalen Stützpunkt und ohne Aufgabenerweiterung aus?
2. Sind diese Anforderungen fachlich und gutachterlich überprüft worden?
3. Können Berufs- und Freiwillige Feuerwehr diesen Anforderungen in den jetzigen Räumen in saniertem Zustand gerecht werden?
4. Welche Kosten würden bei einer umfassenden Sanierung des jetzigen Stützpunktes in der Steinstraße entstehen?
5. Welche Kosten würde ein schrittweiser Neubau am innerstädtischen Standort Steinstraße verursachen?
6. Worin besteht die Notwendigkeit, ein Gefahrenabwehrzentrum zu schaffen?
7. Haben sich neue Gefahrenlagen ergeben?
8. Welche zusätzlichen Aufgaben soll dieses Zentrum übernehmen, die zurzeit ggf. nicht, nicht mehr oder noch nicht von dem jetzigen Stützpunkt wahrgenommen werden können?
9. Worin besteht die Verbesserung für die Bevölkerung in welcher Gefahrensituation?

10. Welche Kosten werden für ein Gefahrenabwehrzentrum kalkuliert? Welche Folgekosten jährlich dafür angenommen?
11. Welche Lösung wird für die Stadt als wirtschaftlichste angenommen? Auch unter Betrachtung der jeweiligen Folgekosten?
12. Welchen Beitrag leistet der LK Gießen heute an die Stadt und welchen würde er zukünftig in einer geänderten Konstellation leisten?“

Begründung: Vor dem Hintergrund der verschiedenen Presseberichte über ein gemeinsames Gefahrenabwehrzentrum von Stadt und Kreis sollten zunächst die Stadtverordneten und die Bürgerschaft informiert werden. Für ein transparentes Verfahren müssen daher zunächst grundlegende Fragen beantwortet werden. Nachdem einige Zeit verstrichen ist und notwendige Sanierungen und Verbesserungen anhand einer Prioritätenliste nicht oder nur unvollständig umgesetzt worden sind, muss heute die Frage gestellt werden, ob nicht ein schrittweiser Neubau am jetzigen Standort eine sinnvolle Alternative zur Sanierung darstellen kann. Durch den früheren Zukauf von Flächen durch die Stadt ist das Areal in der Steinstraße auch arrondiert worden. Eine anderweitige Nutzung des Geländes ist - bedingt durch die Lage zwischen Bahnstrecke und Innenstadtring – kaum realisierbar.

Wenn die Sanierung der bestehenden Gebäude sich wirtschaftlich nicht darstellen lässt, bleibt nur ein schrittweiser Neubau. Dieser sollte aus mehreren Gründen am jetzigen Standort erfolgen. Zum ersten spricht die zentrale Lage dafür, des Weiteren gehören die Grundstücke der Stadt und müssen nicht erst, wie im Fall Motorpool von der BIMA erworben werden. In Zeiten knapper Kassen spricht gerade letzteres Argument für den Verbleib am Standort.

Christine G. Wagener